

DE GRÖNWOHLDER

Rinkieker

Mitteilungsblatt für Grönwohld

29. Jahrgang Nr.110 / März 2009

Herausgegeben vom Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

SPD-Jahreshauptversammlung mit Landtagskandidaten



Der Grönwohlder Vorstand mit den Landtagskandidaten von links: Dr. Katherine Nölling, Kurt Gatermann, Jochen Proske, Eckart Carl, Angela Ryll, Josef Ryll und Tobias von Pein.

Am 2. März tagten die Grönwohlder Sozialdemokraten. Der bisherige Vorstand setzte auf Kontinuität und trat geschlossen wieder an. In ihren Ämtern wurden bestätigt: Vorsitzende Angela Ryll, stellvertretende Vorsitzende Dr. Katherine Nölling, Kassierer Josef Ryll, Schriftführer Eckart Carl und Beisitzer Kurt Gatermann. Bei Eckart Carl gibt es ein 30jähriges Jubiläum. Er wurde am 17. Januar 1979 als Schriftführer gewählt und ist es bis heute.

Die Wahlen leiteten die beiden Landtagskandidaten Tobias von Pein (23) aus Lütjensee und Jochen Proske

(40) aus Ahrensburg. Beide sind Ortsvereinsvorsitzende. Der derzeitige langjährige SPD-Landtagsabgeordnete Konrad Nabel will nicht wieder antreten. Beide wurde von verschiedenen Seiten angesprochen, ob sie nicht in den Landtag wollten. Die beiden stellten sich vor. Tobias von Pein aus dem Nachbarortverein Lütjensee ist den Genossen bekannt. Ein neues Gesicht war Jochen Proske. Sie sind keine scharfen Konkurrenten. Wenn der eine auf der Wahlkreis-konferenz am 13. Mai in Ahrensburg in der Reithalle am Marstall gewählt wird, wird ihn der andere auch in

seinem Wahlkampf unterstützen. Dieser Grönwohlder Termin war ihr erstes gemeinsames Auftreten.

Die Vorsitzende Angela Ryll informiert über Termine wie den SPD-Frauentreff am 7. März, einen Tag vor dem internationalen Frauentag, dem 8. März. Der Fraktionsvorsitzende Eckart Carl informierte über die wichtigen Punkte der am nächsten Tag stattfindenden Gemeindevertretersitzung. Ein wichtiger Punkt ist der Investitionskostenzuschuss für den Röperkatenverein. Es werden etwa 20 Jahre jährlich 5.010 Euro von der Gemeinde übernommen. Der Verein trägt selber 1.500 Euro. Der gleiche Betrag kommt noch von der Kulturstiftung. Damit wird ein Kredit von 100.000 Euro getilgt. Seit über acht Jahren arbeitet der Verein an

der Kate. Im letzten Jahr wurden schwere Mängel an der Dachkonstruktion festgestellt. Für die Reparatur sind etwa 30.000 Euro angesetzt. Wegen der Schäden läuft auch noch ein Gerichtsverfahren. Die restlichen 70.000 Euro sollen nun für einen Ausbau mit Handwerkern eingesetzt werden. Bei Eigenleistung der Vereinsmitglieder wäre ein Fertigstellungstermin im September nicht zu halten. „Die 5.010 Euro tun weh, insbesondere bei der Haushaltslage, es gibt aber keine Alternative“ so Eckart Carl (zum Haushalt siehe gesonderten Bericht).

Zur Sitzung kam auch der Trittauer Ortsvereinsvorsitzende George Gericke. So werden auch über Gemeindegrenzen Erfahrungen ausgetauscht.

Gemeindevertretersitzung am 2. Dezember 2008

Mit 15 Besuchern ist das Interesse deutlich geringer als bei der letzten Sitzung.

In der **Einwohnerfragestunde** beginnt Werner Schäfer

- Er erkundigt sich, weshalb die Feierstunde anlässlich des Volkstrauertages nicht öffentlich bekannt gemacht worden ist. Der Bürgermeister verspricht, dass im nächsten Jahr zu veranlassen.
- Anlässlich des Volkstrauertages war lediglich die Bundesflagge auf Halbmast gehisst war. Nach Werner Schäfers Wissen wäre auch die Europaflagge und die Flagge des Landes Schleswig-Holstein zu hissen.
- Werner Schäfer bittet den Gemeindevertreter Hans Christian Meyer-Loos um Auskunft, weshalb er als zuständiges Mitglied der Gemeindevertretung für die Jugendarbeit bisher nicht beim Jugendtreff anwesend war. GV Hans Christian Meyer-Loos erklärt, dieses in Zukunft zu ändern.
- Werner Schäfer regt an, künftig die Vorlagen zu den öffentlichen Tagesordnungspunkten in Kopie für die Einwohner im Sitzungsraum auszulegen, um die zu beratenden Sachverhalte besser verstehen zu können. Anmerkung: Die Beamer-Präsentationen tragen zur besseren Information bei.
- Frau Monet, wohnhaft im Papierholz, berichtet erneut, dass der dortige Fußweg zu schmal ist. Antwort: Die Gemeinde ist bemüht, zunächst die Eigentumsverhältnisse entlang des Fußweges zu klären. 2009 soll darüber beraten werden, ob und welche Veränderungen möglich sind.
- Es wird um Mitteilung gebeten, ob das Geschwindigkeitsmessgerät mobil einsetzbar ist. Antwort: Das Gerät kann an unterschiedlichen Stellen in der Gemeinde eingesetzt werden. Von den anwesenden Einwohnern wird spontan die Straße Papierholz vorgeschlagen.
- Zur künftigen Einzäunung des Regenrückhaltebeckens am Sportplatz weist Frau Monet mit Bezug auf den Beschluss der Gemeindevertretung vom 09.10.2008 daraufhin, dass diese 2,50 m hoch sein

soll. Der Zaun am Kindergarten zum Mühlenbach misst hingegen lediglich 90 cm. Antwort: Das Regenrückhaltebecken wird entgegen der bisherigen Planung ein begehbare Gitterrost erhalten.

- Es ist vorgesehen, im Bereich Alte Siedlung eine Bebauung im rückwärtigen Raum zu ermöglichen. Es wird nachgefragt, ob und in welcher Form die Bürger an der Planung beteiligt werden. Antwort: Es wird voraussichtlich im ersten Halbjahr 2009 eine öffentliche Anhörung geben.

Frau Inge Diekmann, **Gleichstellungsbeauftragte des Amtes** und der Gemeinde Trittau, stellt sich vor und erläutert ihren beruflichen Werdegang. An-



Zwischenzeitlich wurde das Gerät an der Laterne gegenüber angebracht. Die Parksituation stellt sich angespannt dar.

schließlich berichtet sie über die bisher durchgeführten Projekte und gibt einen Ausblick auf ihre zukünftigen Vorhaben. (Frau Diekmann wurde im vorigen **Rinkieker** vorgestellt)

Der **Europabeauftragte** Josef Ryll berichtet, dass die Sitzung des Europakomitees am 05.11.2008 in Grönwohld stattgefunden hat. Er erinnert daran, dass im Mai nächsten Jahres zu Himmelfahrt wieder ein Gegenbesuch in Frankreich stattfindet. Bezüglich der Verschwisterung mit Dänemark berichtet Josef Ryll, dass diese einseitig von dänischer Seite aufgekündigt worden ist. Offensichtlich liegen hier jedoch Missverständnisse vor. Die Angelegenheit ist noch nicht endgültig geklärt. Der Amtsvorsteher wird sich der Sache annehmen.

Über die künftige **Nutzung der Holzhäuser** am Feldweg 3 b - d ist es zu einer Einigung mit dem Amt gekommen. Es wird beschlossen, den Pachtvertrag für die Grundstücksfläche, auf dem die vom Amt Trittau errichteten drei Holzhäuser stehen, über den 31.12.2008 hinaus zu verlängern. Es ist eine jährliche Kündigungsmöglichkeit vorzusehen. Für die Bereitstellung des gemeindeeigenen Grundstücks ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 3.600,00 Euro vom Amt zu entrichten. Die Nutzungsbeschränkung auf Aussiedler und Grönwohlder Obdachlose entfällt. Für den Fall, dass von Bewohnern Störungen ausgehen, ist für die Gemeinde eine Einspruchsmöglichkeit gegen die Belegung vorzusehen.

Bei der **Gewährung eines Investitionszuschusses für den Verein Röperkate e.V.** verlassen Andreas Wilde und Jens Kettler den Sitzungsraum wegen Befangenheit. Sie nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil. Der Fraktionsvorsitzende Eckart Carl legt die Auffassung der SPD-Fraktion. Im Finanzausschuss war für den Zuschuss votiert worden. Nach eingehender Beratung kam die SPD-Fraktion zu der Auffassung, dass ein notarieller Vertrag geschlossen werden sollte, bevor die Gemeinde einem Darlehenszuschuss zustimmt.

Darin ist ein Nutzungsrecht für die Röperkate für die Gemeinde und den gemeindlichen Einrichtungen zu regeln. Zu Jahresbeginn wird ein unter allen Beteiligten abgestimmter Nutzungskalender erstellt. Die im Rahmen der Sanierung und des Ausbaues der Röperkate zu erteilenden Aufträge sind zuvor von dem Verein mit der Gemeinde abzustimmen. Die anfallenden Rechnungen aufgrund der erteilten Aufträge sind vor Zahlung durch den Bürgermeister gegenzuzeichnen.

Eckart Carl machte deutlich, dass die SPD-Fraktion nicht gegen den Zuschuss sei, auch wenn es die Gemeinde in 20 Jahren bis zu 100.000 Euro kosten könne. Aufgrund der SPD-Mehrheit wird der Antrag vertagt. Die offenen Fragen sollen schnell geklärt werden.

Es erfolgt ein **Grundsatzbeschluss** über die Beauftragung eines Beraters zur Herstellung der flä-

chendeckenden **Breitbandversorgung** (DSL). Die Gemeinde Grönwohld hält es für dringend erforderlich, zur Attraktivitätssteigerung als Wohnstandort und zur Behebung von Standortnachteilen für die örtlichen Gewerbebetriebe, die Breitbandversorgung flächendeckend vor Ort auf 32 MBit zu verbessern. Es soll auf Amtsebene angestrebt werden, die Bedarfs- und Machbarkeitsstudie gemeinsam in Auftrag zu geben. Diese Aufgaben sind begleitend durch ein noch zu beauftragendes externes Beratungsbüro wahrzunehmen. Die anteiligen gemeindlichen Kosten von zunächst 2.000,00 Euro werden in den Haushalt 2009 eingestellt. Für die Maßnahme sind Fördermittel im Rahmen der Breitbandrichtlinie zu beantragen.

Die **über- und außerplanmäßige Ausgaben** werden zur Kenntnis genommen:

Die Unterhaltung und Anschaffung von Schulgeräten (Ansatz 2.500 Euro) wird um 218,41 Euro aufgrund der Anschaffung von Haftmagneten, USB-Stick und Holzbuchstaben/Zahlen überschritten. Bei Aus- und Fortbildung liegen 166,36 Euro wegen der Anschaffung von Gesetzestexten über dem Ansatz. Wegen Kopierpapier wird die Position Lernmittel (Ansatz 1.100 Euro) um 150,36 Euro überschritten. Es sind Schülerbeförderungskosten für einen Grönwohlder Schüler, der die staatliche Internatsschule für Sprachbehinderte als teilstationärer Schüler besucht, aufgrund eines Schulungsbeschlusses des Schulamtes des Kreises Stormarn zu zahlen. Für die Gemeinde Grönwohld beträgt der Anteil etwa 1.000 Euro. Die Nachmittagsbetreuung (Ansatz 1.000 Euro) benötigte für Anschaffung Literatur weitere 238,01 Euro. Bei der Wartung der Turn- und Sportgeräte wurde festgestellt, dass diverse Sportmatten und Sportgeräte defekt sind und nicht repariert werden können. Eine Ersatzbeschaffung wurde beauftragt. Der Ansatz von 1.700 Euro wurde um 700 Euro überschritten. Die Bewirtschaftungskosten für die Trainingsbeleuchtung der Sporthalle von 500 Euro reichten nicht aus. Es wurden weiter 500 Euro benötigt.

Die **überplanmäßige Ausgabe** für die Unterhaltungskosten Straße, Wege, Plätze (Ansatz 5.000 Euro) von 2.000 Euro wird genehmigt.

Der Finanzausschuss hatte empfohlen die **monatliche Entschädigungspauschale** für die Gemeindevertreter von 13 auf 15 Euro anzuheben. Es war davon ausgegangen worden, dass dies der gesetzliche Mindestsatz ist. Es stellte sich jedoch heraus, dass diese Anhebung nicht zwingend erforderlich ist. So wurde beschlossen nichts zu verändern. Der Bürgermeister erhält den möglichen Höchstbetrag. Für die Grönwohlder Gemeindevertreter ist der derzeitige Höchstbetrag 70 Euro. Sie bleiben bei den 13 Euro.

Der öffentliche Teil endet kurz nach 22 Uhr. Im nichtöffentlichen Teil wird einvernehmlich über Personalangelegenheiten entschieden.

Seniorenweihnachtsfeier



oben: Die etwas andere Sitzordnung

Die Feier war wieder gut besucht und die Grundschüler stimmten mit Gedichten und Liedern auf Weihnachten ein. Dieses Jahr verteilte die Jugendfeuerwehr Kaffee und Kuchen an die Gäste und unsere Pastorin mit ihrer Geschichte und Hektor der Gaukler (Stephan Eichler) mit seinen Zaubereien rundeten die Feier ab.

rechts:
Die Schulkinder bei ihrem Vortrag



„Frauensport“

„Fit mit Spaß“, unter diesem Motto können alle Grönwohlderinnen, ob jung oder älter, zwei mal wöchentlich abends die Gelenke und Muskeln (Rücken, Bauch, Beine, Po) trainieren.

Mit Anja haben wir eine „Vorturnerin“, die zeigt, was so alles mit unserem Körper machbar ist. Bei Musik wird zunächst der Körper durch Schritt- und Bewegungsübungen in Schwung gebracht – und danach wird „gedehnt und gestretcht“. Jede Frau, so wie sie möchte und kann.

Wir verfolgen dabei keine ehrgeizigen sportlichen

Ziele, jede Teilnehmerin entscheidet selbst, was sie ihrem Körper zumuten will und kann und was ihr Spaß macht, denn letzterer soll ja nicht zu kurz kommen.

Wir treffen uns jeweils dienstags von 18:30 bis 19:30 und donnerstags von 19:30 – 20:30 in der Turnhalle und heißen neue Mitstreiterinnen herzlich willkommen. Packen Sie Ihre Turnsachen und eine Badetuch ein und schnuppern einfach mal bei uns vor.

Wir freuen uns auf jede neue Mitstreiterin.

Ihre **Heidrun Arndt**

Amtsausschuss am 15. Dezember 2008

Zum Jahresabschluss wird in Hamfelde getagt.

In der Einwohnerfragestunde gibt die Großenseer Ärztin Petra Kussmann eine **Stellungnahme von über 20 Ärzten des Amtsbereiches** zu den neuen gesetzlichen Bestimmungen im Gesundheitswesen ab 2009 ab:

„Ab Januar 2009 wird es für sehr viele Menschen in Deutschland in erheblichem Maße zu Einschränkungen in der medizinischen Versorgung kommen. Neben dem Gesundheitsfond, dessen Folgen jetzt schon vor Einführung vielen Krankenkassen Kopfzerbrechen bereitet, wird der Ärzteschaft ein knapp 3 Milliarden Euro enthaltener Zusatzhonorarbetrag für 2009 überwiesen werden. Dies wurde aber unverständlicher Weise an vorgeschriebene Verteilung gebunden, so dass die einzelnen Kassenärztlichen Vereinigungen in den Bundesländern kaum einen Spielraum für gerechten Einsatz des Geldes haben. Das führt zu so gewaltigen Verwerfungen, dass sehr viele Praxen eine Honorarminderung bis zu 30% hinnehmen sollen. Anders ausgedrückt heißt das: Durchschnittlich 35-40 Euro werden für die hausärztliche Behandlung eines Patienten im Quartal gezahlt. Mit diesem Betrag ist eine ambulante Versorgung von kranken Menschen nicht mehr zu realisieren. Seit Jahren wird uns von allen Seiten versprochen, gerade die hausärztliche Betreuung zu stärken. Mit dieser neuen, vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Honorarverteilung können wir nicht mehr unseren Praxisbetrieb aufrechterhalten! Behandelt werden wir hinsichtlich aller Kosten und Risiken wie ein Unternehmer. Die Entlohnung erfolgt aber zu einem festgelegten Satz, der kaum aufstockbar ist. Wenn dieses ungerechte System realisiert wird, werden unsere Patienten auf dem Land und in den kleinen Städten nicht mehr in jetzt bestehender Weise ärztlich behandelt werden können, Praxisschließungen sind zu erwarten und eine Reihe von Arbeitsplätzen (unsere Arzthelferinnen) in akuter Gefahr sein.“

Das darf nicht eintreten!

Darum müssen wir informieren!

Wir erwarten und fordern dringend Hilfe von unserer Vertretung der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig Holstein sowie von den regionalen Politikern.

- Wir brauchen eine engagierte Kassenärztliche Vereinigung, die sich mehr denn je für uns einsetzt.
- Wir Ärzte der ambulanten und hausärztlichen Versorgung akzeptieren keinen weiteren Honorarverlust. Die politischen Versprechungen müssen endlich umgesetzt werden, um ein Honorarplus zu realisieren.
- Es darf nicht sein, dass trotz staatlicher Zuweisung von Geldern, eine Reihe von Kollegen keine Zuwächse erreichen können, weil die Verteilungsstruktur das nicht erlaubt.

- Die für die Bevölkerung notwendige Versorgung muss weiter ausgebaut, verbessert und nicht wie seit Jahren geschehen, reduziert werden.
- Die Betreuung der Menschen in unserer ländlich strukturierten Region muss außerhalb der Sprechstundenzeiten im Rahmen des Notdienstes einen höheren Stellenwert bekommen. Es ist unglaublich, dass eine Arztarbeitsstunde in der Nacht mit 50 Euro vor Steuern bezahlt wird, einschließlich Behandlung, Autofahrt und bürokratischen Aufgaben.
- Wir wehren uns gegen Zentralisierungsbestrebungen. „Polikliniken“ können niemals den individuellen Bedürfnissen der Patienten nachkommen. Einmal zerschlagene Hausarztstrukturen sind nur schwer zu rekonstruieren.
- Die immer wieder versprochene Entbürokratisierung hat im Gesundheitswesen überhaupt noch nicht gewirkt. Der Schreib- und EDV-Aufwand bindet viel zu viel Arbeitskraft. Die verbleibende patientenorientierte Zeit wird immer geringer. Wird die Gesundheitskarte eingeführt, profitieren gerade die, die das bezahlen müssen, nämlich unsere Patienten, nicht davon.
- Alle kranken Menschen, die unsere Praxen besuchen, bekommen die zunehmenden Reglementierungen zu spüren. Wir fordern, dass nicht die Krankenkassen bestimmen mit welchen Mittel eine Behandlung durchzuführen ist, dass der Patient in Eigenverantwortung über alle medizinischen Verfahren mitbestimmen darf und dass wir als endlich wieder freie Ärzteschaft unreglementiert und ohne Budgets für die wir selbst haften müssen, arbeiten können.
- Wir bitten die regionalen Politiker in unserer Region unser Informationsschreiben sehr ernst zu nehmen und es in weitere politische Ebenen zu tragen, um unserer Situation verständlich zu verbreiten. Wir brauchen Ihre Hilfe! Das Wahljahr 2009 wird unsere Existenzen und den Weg im Gesundheitswesen bestimmen.

Unser Beruf ist nicht nur Berufung. Mehr denn je sind wir auch Unternehmer, die klaren betriebswirtschaftlichen Kalkulationen folgen müssen. Aber, und das betonen wir nach wie vor: Mit unserer Kraft und Einstellung sind wir für unsere Patienten da, weil wir unsere Tätigkeit als Verantwortung sehen und wir diese mit unserer ganzen Leidenschaft ausüben.“

Es wird vereinbart an das Sozialministerium, das als Kontrollbehörde fungiert, zu schreiben. Der amtierende Amtsvorsteher Eckart Carl hat dies Schreiben am 22. Dezember zusammen mit dem Trittauer Bürgermeister unterzeichnet.

Für das Amt Trittau beträgt die Soll-Vorgabe bei Asylbewerbern 16. Der Ist-Stand ist 14. Mit sechs Aussiedlern ist die Zuweisungsquote von fünf übererfüllt. Die Obdachlosen sind um eine Person auf 23 gestiegen.

Der Amtsausschuss stimmte der Wahl von Hauptbrandmeister Reinhard Dabelstein zum Amtswehrführer und Hauptbrandmeister Volker Korffmann zum stellvertretenden Amtswehrführer zu.

Dem **Pachtvertrag mit der Gemeinde Grönwohld** für die Fläche auf der die drei Holzhäuser stehen für 3.600 Euro jährlich wird zugestimmt (näheres siehe Bericht Gemeindevertretung).

Die **flächendeckende Breitbandversorgung** war auch schon in der Grönwohlder Gemeindevertretung besprochen worden. Die Bedarfs- und Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, wurde beschlossen.

Der Gesamthaushalt 2009 von knapp 3,9 Mio. Euro wird beschlossen.

Der **Rausdorfer** Bürgermeister informiert, dass am 4. und 5. Juli 2009 die 750-Jahrfeier stattfindet.

Neue Energie

Wie im letzten Rinkieker berichtet, setzt sich die SPD- Fraktion in Grönwohld für Energiesparmaßnahmen ein. Die gemeindlichen Gebäude sind nicht mehr die Jüngsten und so ist zu vermuten, dass in diesem Bereich ein hohes Einsparpotential liegt. Um die **energetische Beschaffenheit** der Gebäude zu untersuchen und Maßnahmen zur Einsparung zu erarbeiten, hat die SPD- Fraktion im allgemeinen Ausschuss den Antrag gestellt ein Energiegutachten in Auftrag zu geben. Zweck eines solchen Gutachtens ist es Energielacks aufzuspüren und Informationen über die ökonomischen und ökologischen Auswirkungen anstehender Baumaßnahmen zu liefern. So ist es auch im Zuge baulicher Veränderungen an der Schule geboten, diese Seite zu beleuchten. Hinzu kommt, dass ab 2009 bei Neuvermietungen die Verpflichtung besteht, einen Energieausweis vorzulegen. Da davon auszugehen ist, dass andere Gemeinden ebenfalls einen solchen Schritt unternehmen werden, wurde beschlossen, die Einsetzung eines Energieberaters auf Amtsebene anzuregen. Durch eine gemeinsame Beauftragung können die Kosten eines solchen Gutachtens sicherlich gemindert werden.

Weitere Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz konnten bisher leider angegangen werden, denn - auch wenn es für den Betrachter verwunderlich erscheinen mag - die Gemeinde hat bisher keinen Überblick über die Eckdaten des Energieverbrauchs. So mussten die Mitglieder im Allgemeinen Ausschuss verwundert zur Kenntnis vernehmen, dass die Stammdaten durch die Gemeindeverwaltung zunächst ermittelt werden müssen. Es wurde beschlossen, diese zur nächsten Sitzung des Allgemeinen Ausschuss vorzulegen. Daraus werden sich hoffentlich die nächsten Schritte ergeben.

Was die Heizungsanlage der Schule betrifft, so besteht schon jetzt dringender Handlungsbedarf, denn die Anlage ist bereits seit einigen Monaten nicht mehr voll einsatzfähig. Zu dieser Jahreszeit ist ein Austausch allerdings eher ungünstig. Der Bürgermeister hat in diesem Zusammenhang versprochen, dass die Heizung zumindest bis zum Frühjahr durchhalten wird. In diesem Bereich ist die Kopplung von Wärme und Stromerzeugung durch ein Blockheizkraftwerk ins Auge gefasst. Wenn es für die Gemeinde bezahlbar ist, könnte dies ein guter Anfang in eine neue Energierichtung sein.

Vor dem Hintergrund der großen Dachflächen auf Schule, Turnhalle und Kindergarten, die bisher unge-

nutzt sind, kam aus der SPD- Fraktion der Vorschlag, eine Solaranlage zu errichten. Da die Kosten für ein eigenes Solarkraftwerk sehr hoch sind, bedarf es privater Investoren, die ein solches Projekt finanzieren. Darüber hinaus müssen wir Bürger uns beteiligen, sodass auch in Grönwohld bald Sonne zu Strom wird. Beispiele für so genannte Bürgersolarkraftwerk gibt es bereits in Meddewade und Bad Oldesloe. Die Rendite einer solchen Beteiligung ist profitabel und sicher, denn für Solarstrom wird in den nächsten 20 Jahren eine Einspeisevergütung von 43 Cent je Kilowattstunde gezahlt. Dies hätte nicht nur Vorteile für die Umwelt, sondern auch für die beteiligten Bürger und die Gemeindekasse, die für die Zurverfügungstellung der Dachfläche eine Miete erhielte.

Energieversorgung am Beispiel der Gemeinde Jühnde:

Im Jahr 2000 beschlossen die Universitäten Göttingen und Kassel ein bisher einmaliges Energieprojekt. Mit einer Biogasanlage sollte für ein ganzes Dorf die nötige Wärme und der Strom erzeugt werden und zwar durch nachwachsende Rohstoffe von den eigenen Feldern, durch Gülle und Holz. Um die Wärmeversorgung auch im Winter gewährleisten zu können wurde schnell klar, dass eine Biogasanlage allein nicht ausreicht. So wurde außerdem ein Heizkraftwerk auf Basis von Holzschnitzeln erforderlich. Unter 17 Bewerbern wurde die Gemeinde Jühnde für dieses Projekt ausgewählt. Bevor der Bau der Anlagen beginnen konnte, mussten aber erst die 750 Bewohner und Bauern von der Sache überzeugt werden. Dabei tat sich das Dorf vor allem durch die gute Dorfgemeinschaft und die Überzeugungskraft des Bürgermeisters hervor, der von Anfang an hinter dem Projekt stand.

Aber es gab auch Gegenstimmen, die es bedenklich fanden, dass potentielle Lebensmittel zur Energiegewinnung eingesetzt werden sollten. Für das Projekt mussten Leitungen für die Fernwärme verlegt werden. Außerdem waren die Bewohner des Dorfes gezwungen ihre Heizungen umzustellen, um von der alternativen Energieerzeugung zu profitieren. Und das wollten sie. Über 70% der Einwohner wurden schließlich für eine Umstellung auf diese umweltschonende Technik gewonnen. Auch in der Landwirtschaft kam es zu einschneidenden Veränderungen. 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche werden nun zur Energieer-

zeugung mit Getreide bebaut. Zur Verbesserung des Ertrags werden dabei Mischpflanzen ausgesät. Außerdem wurde der Erntezeitpunkt verändert. Da auf die Belange der Nahrungsmittelproduktion keine Rücksicht genommen werden muss, konnte durch dieses Anbaukonzept der Energiegehalt der Pflanzen pro Hektar um das Dreifache gesteigert werden. Als Nebeneffekt verringerte sich die Belastung der Böden deutlich, denn Spritzmittel und Dünger sind nicht mehr in der Menge erforderlich, wie es für die Nahrungsmittelproduktion erforderlich wäre. Für die Bauern hatte sich damit neben der Nahrungs- und Futtermittelproduktion ein weiteres Standbein aufgetan.

Im Oktober des Jahres 2005 wurde die Biogasanlage schließlich in Betrieb genommen. Auch das Holz-

kraftwerk hat seine Arbeit aufgenommen. Und es ist geglückt. Jühnde ist das einzige Dorf in Deutschland, das seine Energieversorgung komplett in die eigenen Hände genommen hat. Die Jährliche CO²-Einsparung beträgt etwa 3.300 Tonnen. Damit konnten die Ziele des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesrepublik zur globalen Umweltänderung, die für das Jahr 2050 anvisiert sind, bereits nach zwei Jahren erreicht werden.

Wie Sie sicherlich aus der Presse erfahren haben, wetteifert auch eine Gemeinde in unserer Nähe diesem Beispiel nach. So ist in Sprenge ebenfalls eine Biogasanlage geplant.

Daniel Klein

Quelle: www.daserste.de www.Bioenergiesdorf.de

Weihnachtsfeier in der Schule

Traditionell findet am letzten Schultag vor dem Beginn der Weihnachtsferien, diesmal am 19. Dezember 2008, die gemeinsame Weihnachtsfeier aller Schulklassen der Grundschule Grönwohld in der Turnhalle statt. Eltern, Großeltern, Onkel, Tanten und andere Interessierte kommen immer wieder in großer Zahl herbei.

Der Chor, die Flötenkinder und die einzelnen Klassen tragen verschiedene Stücke vor. Den Höhepunkt bringt

die Theater-AG mit „Deutschland sucht den Christmas – Star“. Wie in der bekannten Show „Deutschland sucht den Superstar“ müssen die einzelnen ihr Können zum Besten geben. Die Teilnehmer sind die einzelnen Figuren der Weihnachtsgeschichte. Die heiligen drei Könige sind zu zweit. Der eine spielt eine Doppelrolle. Es erhalten alle die gleiche Punktwertung. Sie sind alle zusammen Christmas-Stars.



oben:

Deutschland sucht den Christmas-Star

Nach diesem kurzweiligen und stimmungsvollen Programm streben die Besucher wieder nach Draußen.

rechts:

Die Cheerleader stellen sich mit einem kleinen Programm vor.



Haushalt 2009

Die Haushaltszahlen 2009 wurden im Finanzausschuss am 19. Februar vorbesprochen und auf der Gemeindevertretersitzung vom 3. März genehmigt.

Die allgemeine Wirtschaftslage ist trübe. Das Konjunkturpaket II weckt Hoffnungen, insbesondere auf eine Erweiterung der Schule. Dieses Jahr ist das letzte mit der kameralistischen Buchführung. Ab 2010 rechnen dann auch die Gemeinden wie die übrige Wirtschaft mit der doppelten Buchführung mit Aufwand und Ertrag sowie Bilanz. Welche Auswirkungen sich für Grönwohld ergeben, bleibt abzuwarten.

Die Kosten für die gemeindlichen Einrichtungen sind gestiegen. Die Einnahmen der Gemeinde sind dem kaum gewachsen, zumal auch der Bereich der Niederschlagswasserbeseitigung, der als Aufgabe an den AZV Obere Bille per 01.01.2008 abgegeben wurde, kostenmäßig weiterhin die Gemeinde in voller Höhe belastet, da eine Refinanzierung über Gebühren derzeit nicht besteht. In diesem Bereich sind insbesondere die Ausgaben für Neuinvestitionen (Regenrückhaltebecken E 4 – Sportplatz -, Einleitstelle E 6 - Ortsausgang Richtung Dwerkatzen -, Radeland). Diese sind dem AZV Obere Bille zu erstatten, und zwar in Höhe des Schuldendienstes. Diese wären in gleicher Höhe entstanden, hätte die Gemeinde die Maßnahmen selbst durchgeführt.

Die negative Verzinsung im Bereich Schmutzwasser ist nun statt vorher an den Regiebetrieb, (Schmutzwasserbeseitigung) direkt an den neuen Aufgabenträger (AZV Obere Bille) zu richten. Statt Neuinvestitionen, die das negative Eigenkapital und damit die negative Verzinsung verringert hätten, ist vorgesehen, die sozusagen von der Einrichtung für andere Zwecke geliehenen Mittel sukzessive zurückzuzahlen.

Dieses alles zusammen ergibt eine durchaus schwierige Haushaltssituation, zumal auch die Höhe der Einnahmen (Einkommensteueranteile, Anteil an der Umsatzsteuer) angesichts der drohenden Konjunkturkrise in der veranschlagten Höhe (gemäß Haushaltserlass) nicht sicher ist.

Es sind deshalb dringend Maßnahmen zu treffen, um dieses strukturelle Defizit, das sich in den jährlichen und nicht unerheblichen Fehlbeträgen, die nur durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage (Vermögensverzehr) gegenfinanziert werden können, zu beseitigen. Die Gemeinde ist deshalb gezwungen, zum einen die Einnahmesituation zu überprüfen (Gebühren, Anhebung Hebesätze, Einführung der Niederschlagswassergebühr) und zum anderen sorgfältig alle vorgesehenen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Hier die Positionen im Einzelnen:

Verwaltungshaushalt

0 = Allgemeine Verwaltung: Aufwandsentschädigung für den Bürgermeister und seinen Stellvertreter 10.100 EUR, die Sitzungsgelder 2.500 EUR und diverse

Beiträge und Versicherungen. Die Repräsentationen betragen 1.000 EUR. Durch die Bundestags- und die Europawahl entstehen Wahlkosten von 1.400 EUR.

1 = Öffentliche Sicherheit und Ordnung: Kosten der Freiwilligen Feuerwehr Grönwohld 21.000 EUR.

2 = Schulen: Schulverband Trittau 105.100 EUR (Diese Summe ist seit dem Vorjahr stark gestiegen, weil das Gymnasium jetzt zum Schulverband gehört. Bei Gymnasien sind im Gegenzug die Kosten stark gesunken.), Kosten der Grundschule Grönwohld 185.900 EUR, Realschulen 2.500 EUR, Gymnasien 2.500 EUR, Angebotsschulen 6.000 EUR. Als Schullastenbeiträge von anderen Gemeinden für die Grundschule werden 45.000 EUR als Einnahmen angesetzt. Für die „Festen Grundschulzeiten“ sind 74.000 EUR angesetzt. Dagegen werden Benutzungsgebühren von 20.000 eingeplant. Der Verlust soll sich besserer Nutzung verringern. Ob eine Kostendeckung erreicht wird, ist fraglich.

3 = Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege: Der Bücherverein erhält keinen Zuschuss mehr. Die Kosten werden wieder voll vom Kreis getragen. Denkmalspflege und Ortverschönerung 500 EUR.

4 = Soziale Sicherung: Für die Jugendbetreuung durch den Kreisjugendring wurden 3.000 EUR angesetzt. Dieses Angebot wird kaum nachgefragt, ob es weitergeführt wird, ist fraglich. Für die Spielplätze wurden vorsorglich 1.500 EUR eingeplant. Bei Gesamtkosten des Kindergartens von 214.400 EUR beträgt der Zuschussbedarf 96.300 EUR, obwohl es vom Land einen Personalkostenzuschuss von 27.000 EUR und einen Ausgleich für die Sozialstaffel von 10.000 EUR gibt. Der Zuschuss zur Sozialstation Trittau wurde auf 1.500 EUR festgelegt. Die Kosten der Seniorenbetreuung wurden mit 3.500 EUR festgesetzt.

5 = Gesundheit, Sport, Erholung: Die örtlichen Sportvereine werden mit 1.800 EUR gefördert. Für Sportplatzsanierung und Unterhaltung Sporthalle etc. wurden 4.100 EUR eingeplant.

6 = Bau- und Wohnungswesen, Verkehr: Planungskosten für den B-Plan „alte Siedlung ist ein durchlaufender Posten, weil die Kirche die Kosten übernimmt 10.000 EUR. Gemeindestraßen 97.100 EUR - hierin sind auch Gehaltsteile der Gemeindemitarbeiter enthalten. Straßenbeleuchtung/Stromkosten 14.600 EUR.

7 = öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung: Die Kanalisationskosten werden mit 0 ausgewiesen, weil der Abwasserzweckverband „Obere Bille“ diese Aufgabe seit 2008 übernimmt. Für die Niederschlagswasserbeseitigung werden 23.000 EUR angesetzt. Einen Gartenmüll-Container gibt es nur noch für die Gemeinde zur eigenen Nutzung 500 EUR.

8 = wirtschaftliche Unternehmen, Versorgungsunternehmen: Wasserversorgung durch „Stormarnsche Schweiz“ ist nicht mehr im Haushalt enthalten. Einnahmen und Kosten von Gemeindegrundstücken

Haushaltsplan 2009

Verwaltungshaushalt		Einnahmen	Ausgaben
0	Allgemeine Verwaltung	1.600	31.400
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	500	21.300
2	Schulen	75.500	383.200
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0	500
4	Soziale Sicherung	118.100	225.200
5	Gesundheit, Sport, Erholung	100	5.900
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	14.900	124.200
7	Öffentl. Einrichtg., Wirtschaftsförderung	0	24.300
8	Wirtschaftl.Untern.,	59.800	12.800
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	<u>1.155.100</u>	<u>596.800</u>
Zusammen		1.425.600	1.425.600
Vermögenshaushalt			
0	Allgemeine Verwaltung	0	1.000
1	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	800	6.300
2	Schulen	0	46.100
3	Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	0	0
4	Soziale Sicherung	0	16.800
5	Gesundheit, Sport, Erholung	0	4.000
6	Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	0	36.500
7	Öffentl. Einrichtg., Wirtschaftsförderung	0	0
8	Wirtschaftl.Untern.,	0	5.100
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	<u>189.800</u>	<u>74.800</u>
Zusammen		<u>190.600</u>	<u>190.600</u>
Gesamthaushalt		1.616.200	1.616.200

zu 1: Ersatzbeschaffung für die Feuerwehr 4.000 EUR. Für die Planung der Löschwasserversorgung sind 1.500 EUR angesetzt.

zu 2: Schulbaulast Schulverband Trittau 17.900 EUR. Für die Grundschule sind Tische und Stühle für 9.600 EUR, für die Beseitigung von Mängeln gemäß der Brandverhütungsschau 8.000 EUR für die Erneuerung der Heizungsanlage 8.000 EUR angesetzt. Die Grönwohlder Strolche werden mit Inventar von 2.600 EUR unterstützt.

zu 4: Der Kindergarten bekommt eine neue Computerausstattung 800 EUR. Zum Bach wird ein neuer Zaun errichtet 8.000 EUR. Außerdem je 4.000 EUR sind für Sanierungs-/Umbaukosten sowie die Erneuerung des Wegepflasters angesetzt.

zu 5: Das durchlöchernte Lichtband an der Nordseite des Kindergartens wird für 4.000 EUR saniert.

zu 6: Die Parkplätze vor dem Sportplatz sind mit 32.000 EUR eingeplant. Kosten für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung belaufen sich auf

ohne Schule ergeben einen Überschuss von 4.600 EUR. Die EON-Hanse (Schlesweg) wird 36.000 EUR Konzessionsabgabe zahlen. Bei der EON-Hanse (HGW) sind es 2.200 EUR. Bei den gemeindeeigenen Grundstücken und Häusern ohne Schule ergibt sich ein Überschuss von 8.800 EUR.

9 = Allgemeine Finanzwirtschaft: Die Gemeindesteuern sind: Grundsteuer 159.000 EUR, Gewerbesteuer 25.000 EUR sowie der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer 7.100 EUR und Hundesteuer 2.400 EUR. Außerdem gibt es noch den Anteil an der Einkommensteuer 549.300 EUR - gegenüber 2008 ist das ein Anstieg um 31.900 EUR - und eine Ausgleichsleistung nach dem Familienleistungsausgleich von 52.700 EUR - diese Position müsste eigentlich unter der Rubrik Kindergarten stehen - sowie die Schlüsselzuweisung 235.500 EUR. Dagegen stehen Umlagen, die von der Gemeinde zu tragen sind: Gewerbesteuerumlage 5.000 EUR, Kreisumlage 369.500 EUR und Amtsumlage 161.600 EUR. Die Abschreibungen von Schule und Kindergarten betragen nur noch 27.400 EUR. An den Abwasserzweckverband Obere Bille sind Zinsen von 37.600 EUR angesetzt (Hier besteht noch Klärungsbedarf beim Regenwasser). Dem Verwaltungshaushalt werden 56.000 EUR aus dem Vermögenshaushalt zugeführt. Dagegen steht allerdings die Mindestzuführung zum Vermögenshaushalt von 18.800 EUR.

Vermögenshaushalt

Der Vermögenshaushalt ist nicht so umfangreich, dass unter allen Positionen etwas auszuführen ist.

2.000 EUR.

zu 7: Für einen Kredit des Röperkatenvereins gibt die Gemeinde 5.010 EUR dazu.

zu 9: In der allgemeinen sind zwar über 100.000 EUR. Es müssen aber 56.000 EUR entnommen werden. Dazu kommt ein Kredit von 115.000 EUR. Für die Ratentilgung an die „Obere Bille“ sind 17.800 EUR zu zahlen.

In den vergangenen Jahren gab es auch immer wieder eine Unterdeckung im Verwaltungshaushalt und dazu eine Kreditaufnahme. Die Lage hat sich dann so entspannt, dass der Haushalt ohne Kredite auskam. Jetzt hat sich die Lage dramatisch verändert. Mit diesem hohen Kreditbetrag sieht es kaum so aus, dass gänzlich auf Kredit verzichtet werden könnte. Die Leistungen/Angebote der Gemeinde, jetzt neu die Grönwohlder Strolche, sind sehr defizitär. Hier muss die Gemeinde die Einnahme- und Kostenseite auch weiterhin sehr kritisch prüfen.

Wahlhelfer gesucht

Für die Europawahl am 7. Juni und die Bundestagswahl am 27. September 2009 werden noch Wahlhelfer gesucht. Beim Amt unter 807914 (Christian Neller) oder bei der Gemeinde 5044 melden.

„Da will ich wirklich hin!“

Hamberge/Berlin – Erst am 27. September 2009 sind Bundestagswahlen, aber die SPD-Kandidatin im Bundestagswahlkreis 10 (Lauenburg/Stormarn-Süd), Gesa Tralau (38) hat sich schon jetzt ein Bild von der Arbeit der Parlamentarier gemacht. Bei einem dreitägigen Besuch auf Einladung der schleswig-holsteinischen Landesgruppe der SPD im Bundestag informierte sich die Hambergerin über die Arbeit der Abgeordneten. „Es waren drei wunderschöne Tage. Die Abgeordneten haben mir einen kleinen Einblick in ihren Arbeitsalltag gegeben. Unter anderem haben wir auch über das Konjunkturpaket II diskutiert. In Berlin wird Politik spürbar greifbar. Mein Besuch im Bundestag hat mir noch einmal bestätigt, dass ich da wirklich hin will, um meinen persönlichen Beitrag dazu zu leisten“, so Gesa Tralau nach ihrer Rückkehr nach Hamberge.

Mehr Infos zu Gesa Tralau finden Sie auf:
www.gesa-tralau.de



von links: Franz Thönnies, Bettina Hagedorn, Jörn Thießen, Gesa Tralau, Sönke Rix, Gabriele Hiller-Ohm, Ernst-Dieter Rossmann und Hans-Peter Bartels.

Bei Rückfragen: Gesa Tralau, Mobil 0151 / 212 09 842

Abo-Falle im Internet

Weihnachten ging's zu Besuch nach Rendsburg. Der grobe Weg ist bekannt. Doch vor Ort in die bestimmte Straße zu kommen, erforderte einen Straßenplan. Normalerweise benutze ich immer Falk.de, das klappte aber nicht. Ich suchte deshalb eine andere Möglichkeit im Internet. Beim Routenplaner versuchte ich es dann. Zuvor wurden email-Adresse und normale Anschrift mit Anmeldung gefordert. Dann bekam ich aber nicht die gewünschte Auskunft, weil das Programm nicht funktionierte.



Am 26. Januar etwa ein Monat nach dem verunglückten Versuch kam eine Rechnung für „3 - Monatszugang Routenplaner-server.com: 59,95 Euro“. Ich schilderte meine Überraschung in einem Antwortmail zusammen mit meinem missglückten Versuch und keiner weiteren Nutzung des Programms und bat, die Rechnung zu stornieren. Der Maileingang wurde bestätigt und eine kurzfristige Antwort zugesagt. Die kam drei Tage später und war eine vorgefertigte Standardantwort ohne namentliche Anrede. Ein wirksamer Widerruf von mir war nicht erfolgt und ich sollte deshalb zahlen.

Meine Rechtsschutzversicherung sagte mir, dass täglich jeder Kollege drei Anrufe dieser Art erhält. Routenplaner ist einschlägig bekannt. Ich solle nichts tun.

Es könnte weitere Mahnungen geben, Inkassobüros könnten eingeschaltet werden. Manchmal melden sich auch Anwälte, gegen die aber schon die Staatsanwaltschaft ermitteln würde. Nur bei einem Mahnbescheid muss Einspruch eingelegt werden.

Am 10. Februar kam eine Zahlungserinnerung. Am 23. Februar folgte die letzte Mahnung mit 5 Euro Verzugspauschale.

Im Dezember 2008 hatte das Oberlandesgericht Frankfurt entschieden, dass Betreiber von Abofallen vorsätzlich täuschen. Der Deutsche Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e. V. (DSW) hatte die Klage eingereicht. Die Anbieter der Seiten routenplaner-server.com, kochrezepte-server.com, grafik-archiv.com und genealogie.de befand das Gericht der „arglistigen Täuschung“ nach Paragraph 123 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) für schuldig. In ihrer ausführlichen Urteilsbegründung setzen die Richter der Frankfurter Kammer sich intensiv mit Abofallen und den Gewohnheiten von Internetsurfern auseinander. Sie beschreiben zum Beispiel ausführlich, wie sich ein normaler Surfer bei seinen Internetsitzungen verhält. In etwas umständlichen Juristendeutsch heißt es, dass „zu berücksichtigen [sei], dass die situationsadäquate Aufmerksamkeit eines Durchschnittsverbrauchers, der im Internet surft und so auf die fraglichen Websites gelangt, eher gering ist“. Viele Informationen nehme er nur „fragmentarisch“ wahr.

Ein Text unter Eingabefeld reicht als Hinweis auf Kosten nicht aus. Genau aus diesem Grund müsse sehr deutlich auf die Kosten für ein Angebot hingewiesen werden. Der Verbraucher müsse nicht davon ausgehen, dass bereits das Anklicken eines Eingabe-

Buttons einen mehrmonatigen Vertrag nach sich zieht. Außerdem genüge der Sternchentext unter dem Eingabefeld, der einen Hinweis auf die Kosten enthält, „bei weitem nicht, um einer Irreführung der Verbraucher entgegen zu wirken“. Das Gegenteil sei der Fall, da der Internetnutzer aus Gewohnheit davon ausgehe, dass ein Sternchen am Eingabefeld darauf hinweist, dass es sich um ein Feld handle, das zur Anmeldung ausgefüllt werden müsse.

Bei den beanstandeten Webseiten sei der Text unter dem Eingabefeld außerdem so geschrieben gewesen, dass die ersten beiden Sätze „geeignet sind, die Lesebereitschaft des Internet-Nutzers erlahmen zu

lassen“, wie es in der schriftliche Urteilsbegründung heißt. Weiter heißt es, dass Verbraucher, sofern sie die Preisangaben erkennen würden, den Wert der Leistung nicht im Voraus überprüfen können, die sie mit dem Vertrag erwerben. Weil den Richtern ein anderes Geschäftskonzept der Abofallen nicht plausibel erscheint, spricht für sie alles für eine vorsätzliche Täuschung der Verbraucher.

Die Auskunft bei der Rechtsbearbeitung meinte, dass etwa ein Drittel der Betroffenen zahlen würde, um Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen.

Mal sehen, ob es bei der letzten Mahnung bleibt.

Eckart Carl

Trittauer Schulparkplatz

Die Sitzung des Schulverbandes am 24. November zum Thema Busverkehr war sehr turbulent. Die sich häufenden Vorfälle waren Anlass zur Klage. So stieg eine Schülerin auf freier Strecke auf eigenem Wunsch aus dem Bus. In der Tagespresse wurde dieser Vorgang mehrfach dargestellt. Der Geschäftsführer des Busunternehmens Dahmetal, Herr Mölders, versuchte die Vorwürfe zu entkräften und versprach, so weit als möglich Abhilfe zu schaffen. Ein Gespräch mit den Schulen, dem Kreis und dem Schulverband folgte. In der folgenden Sitzung am 9. Februar 2009 hatte sich die Bussituation deutlich verbessert. Es entstand aber der Eindruck, dass sich die Probleme räumlich verlagert hätten, weil vergleichbare Vorkommnisse jetzt in Bargtheide und im Umland auftreten.

Der Parkplatz Großenseer Straße war auch ein Klagepunkt. Die langen Gelenkbusse kriegen nicht mehr die Kurve, wenn schon ein Bus in dem Bereich steht. Hier wird nun neu geplant. Am 24. Februar trafen sich der Trittauer Bauausschuss und der Schulverband. Für die neue Baumaßnahme wären 260.000 Euro zu zahlen. Es wird mit Fördergeldern bis zu 75 % gerechnet.

Ursprünglich für zehn normale Busse geplant, haben die jetzigen Gelenkbusse kaum Platz, an die Haltestellen heranzufahren. Das liegt zum einem an ihrer Länge, zum anderen aber auch an dem unkontrollierten Verhalten der vielen Schülerinnen und Schüler, die täglich die Busse nutzen. Es handelt

sich um keinen vernünftigen Busparkplatz mehr, die Busse stehen in zweiter Reihe. Der Bereich soll nun entzerrt werden. Statt nur an einer langen Haltespur die Schüler einsteigen zu lassen, sollen künftig zwei Haltespuren für die Busse - ausgerichtet auf eine Länge von je 18 Metern - zur Verfügung stehen. Das sehen die Planungen des Ingenieurbüros Biethahn und Partner aus Neumünster vor. Für die zweite Haltespur fallen dann Parkplätze weg - bisher gab es davon in diesem Bereich 95 Stück.

Der Bus- und Pkw-Verkehr wird voneinander getrennt. Das bedeutet, dass Eltern, die ihre Kinder bringen oder abholen, keine Zufahrt mehr zur Schulbushaltestelle haben. Sie müssen auf den Seitenparkplatz fahren, hier stehen 51 Plätze zur Verfügung.

Die Ausfahrten werden neu festgelegt. Damit verbunden ist ein Schrankensystem, das bis zur schulfreien Zeit nur den Busfahrern die Möglichkeit bietet, auf das Gelände zu fahren. Damit soll verhindert werden, dass dort keiner herumfährt, der nicht befugt ist. Die Bereiche sind sauber zu trennen. Außerhalb der Schulzeiten und an den Wochenenden ist der Parkplatz wie gewohnt geöffnet. Um die Sicherheit der Schüler zu erhöhen, werden diese über zwei Zebrastreifen zur zweiten Reihe der Bushalteplätze geführt, die zur hinteren Fahrspur mit einem Zaun gesichert ist. Die Zeit drängt. Die Maßnahme muss in den Ferien umgesetzt werden.



Planungsentwurf Parkplatz Großenseer Straße

Südstormarnsche Kreisbahn: Betriebseröffnung vor 100 Jahren

Zwei Tage nach der 100jährigen Eröffnung hielt der Trittau-er Archivar einen Lichtbildervortrag zu diesem Thema. Hier nun der erste Teil eines Artikels von Johannes Spallek.

Am 17. Dezember 1907 hat die Südstormarnsche Kreisbahn mit einer feierlichen Fahrt ihren Betrieb aufgenommen. Im Folgenden soll versucht werden, die Geschichte dieses kreiseigenen Unternehmens etwas zu erläutern und die Fragen zu stellen: Wie kam es zur Südstormarnschen Kreisbahn im Jahre 1907? Was führte zur Betriebsaufgabe im Jahre 1952?

Vorgeschichte der Bahn

Stormarn war eigentlich sehr früh für den modernen Schienenverkehr ausersehen. Bereits Anfang der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts setzten sich Lübecker und Hamburger Kaufleute für eine Eisenbahnverbindung zwischen den alten Hansestädten ein.

Der Kaufmann und Reeder Emil Müller aus Lübeck, der während mehrerer Engländeraufenthalte die Vorzüge der dortigen Eisenbahnen kennen gelernt hatte, beauftragte als Vorsitzender der Gründungsgesellschaft den berühmten englischen Ingenieur Francis Giles mit der Projektplanung. Nachdem eine Aktiengesellschaft gegründet worden war, die sich hauptsächlich aus englischen und deutschen Kaufleuten zusammensetzte, gestattete der dänische König als Herzog von Holstein die Vermessungen auf dem Gebiet zwischen Hamburg und Lübeck. William Lindley, der Assistent von Francis Giles, führte im Jahre 1833 die Vermessungen an Ort und Stelle durch und schlug mehrere Trassenführungen vor. Im Londoner Büro wurden die Planungsarbeiten vollendet. Müller berechnete für das Projekt einen jährlichen Reingewinn von 500.000,00 Mark. Die kalkulierte Rentabilität sprach für die Verwirklichung des Vorhabens. Der Bau der Strecke wurde jedoch nicht von der dänischen Krone genehmigt. Diese bevorzugte vielmehr die Hafenstädte Altona und Kiel und begann als Reaktion auf das Projekt der Hamburg-Lübecker-Eisenbahn wenig später eine eigene Eisenbahnverbindung zwischen den Hafenstädten Altona und Kiel zu planen. An diesem Interessengegensatz scheiterte in den 30er Jahren der Bau einer Eisenbahn über Stormarner Gebiet. Die Eisenbahnstrecke Hamburg – Lübeck wäre eine der ersten bedeutenden deutschen Fernbahnen gewesen. Die erste deutsche Eisenbahn, die nur 6 km kurze Strecke

Nürnberg – Fürth, wurde bekanntlich erst am 7. Dezember 1835 eröffnet, die 116 km lange Strecke Leipzig – Dresden, die erste wirklich bedeutende deutsche Fernbahn, wurde 1839 realisiert.

Aufgrund der nationalpolitischen Verhältnisse verzögerte sich so der Bau der für Stormarn so wichtigen Strecke um rund 30 Jahre. Erst im Jahre 1865 konnte dann die Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft die Strecke Hamburg – Lübeck eingleisig fertig stellen. Folgende Bahnhöfe gehörten damals zu Stormarn: Wandsbek, Rahlstedt, Ahrensburg, Bargteheide, Oldesloe und Reinfeld. Für diese Orte bedeutete der Bahnanschluss einen großen wirtschaftlichen Fortschritt.

Die hektischen Gründerjahre, die dem Sieg über Frankreich (1871) mit den ins neu gegründete Reich fließenden Reparationszahlungen folgten, leiteten zugleich die große Zeit des Eisenbahnbaus ein. Überall wurden Pläne geschmiedet. In Stormarn wurde die Reichsbahnstrecke Oldesloe – Schwarzenbek am 1. August 1887 dem Verkehr übergeben. Ein weiteres ländliches Teilgebiet war dem Schienenverkehr erschlossen.

Vorplanung und Bau der Südstormarnschen Bahn

Am 10. März 1892 beriet der Stormarner Kreistag auf Vorschlag des Oberbürgermeisters Rauch, Wandsbek, über den weiteren Ausbau der Eisenbahn im Süden des Kreises. Man diskutierte über eine Strecke, die von Wandsbek über Jenfeld, Barsbüttel und Willinghusen nach Trittau führen und von hier in einer zweiten Bauphase bis nach Mölln ausgebaut werden sollte.

Die Stadt Wandsbek, die mit der Bahn ihre Bedeutung als Zentrum für das Umland vergrößert hätte,



Bahnarbeiterrotte

wollte das Projekt jedoch nicht unterstützen und sich an den Baukosten beteiligen. Infolgedessen ließ der Kreis Stormarn Wandsbek als Endpunkt der Bahn fallen und plante einen anderen Bahnverlauf von Trittau nunmehr über Glinde nach Schiffbek, wo die Bahn mit der Billwerder Industriebahn zusammenlaufen sollte und am Bahnhof Tiefstack der Hamburg-Bergedorfer Reichsbahn-Strecke enden sollte.

Am 11. Februar 1902 war es dann soweit. Die Finanzierung der geplanten Kleinbahn war in Grundzügen gesichert und der Stormarner Kreistag beschloss das Bauvorhaben. Er beauftragte zugleich eine neu gebildete Kommission mit den weiteren Vorarbeiten.

Die technische Leitung des Bahnbaus übernahm der Berliner Zivilingenieur G. von Kreyfeld. Nachdem mit den Grundeigentümern und der Billwerder Industriebahn die notwendigen Verträge geschlossen waren, führte der Schweriner Bauunternehmer F. Mühlhaus ab 31. August 1905 die Arbeiten an der 33,7 km langen Strecke aus.

Eröffnung

Am 17. Dezember 1907 eröffnete die Südstormarnsche Kreisbahn mit einer feierlichen Einweihungsfahrt den Betrieb. Die Bahn wurde mit großem Jubel von der Bevölkerung begrüßt. Die Orte wetteiferten miteinander, wer den am meisten geschmückten Bahnhof besäße.

Der Oldesloer Landbote berichtete am 18. und 19. Dezember 1907 ausführlich über die Einweihungsfahrt. Der Bericht ist hier im Wortlaut wiedergegeben:

»Zur Eröffnung der Kreisbahn des südlichen Stormarns führte der Zug um 11:41 die Teilnehmer vom Hamburger Hauptbahnhof nach der Station Tiefstack, unter ihnen der Herr Oberregierungsrat von Maltzahn, als Vertreter der Regierung, der Herr Landrat v. Bonin mit dem Kreisausschuss, der Geh. Oberbaurat Cäsar als Vertreter der Staatsbahn, Herr Dr. Gleim, als Vertreter der Industriebahn, sowie Herr Graf Schimmelmanna-Ahrensburg als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, ferner die Vertreter der von der Bahn berührten Gemeinden, und die Vertreter der Presse. Leider war der Herr Oberpräsident v. Bülow-Bossee sowie der Herr Regierungspräsident verhindert, an der Einweihung teilzunehmen. Hier nahm der festlich bekränzte Eröffnungszug, 6 Wagen, die Festteilnehmer und die Regimentsmusik der 76er auf und verließ bald nach 12:00 Uhr die Station. Die beiden nächsten Stationen, Billwärder und Schiffbek, wurden mit den Klängen eines Marsches der Kapelle begrüßt.

Der folgende Ort, die Gemeinde Kirchsteinbek, war durch recht zahlreich Erschienene vertreten, die an der Haltestelle den Zug erwarteten. Der Herr Pastor Feddersen feierte in schwungvoller Rede den Tag der Eröffnung des neuen Verkehrsweges, dankte insbesondere dem Herrn Landrat v. Bonin für seine rastlose Arbeit und ließ diesen Dank in ein Hoch ausklingen, in welches die Versammelten begeistert einstimmten.

Hierauf wurde dem Herrn Landrat von dem Frl. Ritscher ein Bukett überreicht. Der Herr Landrat sprach die Hoffnung aus, dass alle Wünsche der Gemeinde in Erfüllung gehen möchten und schloss mit einem Hoch auf die Gemeinde. Unter den Klängen der Kapelle setzte sich der Zug wieder in Bewegung und erreichte nach kurzem die festlich mit Girlanden und Flaggen geschmückte Station Boberg-Havighorst. Nach einem von den vereinigten Kindern unter Leitung des Herrn Lehrers vorgetragenen Liede begrüßte Herr Contentius im Namen der Gemeinden die Festteilnehmer und insbesondere den Herrn Landrat. Den heutigen Tag als einen Wendepunkt im wirtschaftlichen und gewerblichen Leben der beiden Gemeinden feiernd, ließ er alle Wünsche der Gemeinden in ein Hoch auf den Herrn Landrat und alle Mitwirkenden am Bahnbau sowie auf Se. Majestät ausklingen. Der Herr Landrat dankte für den feierlichen Empfang mit einem Hoch auf die Gemeinden. Nach einem weiteren Gesangsvortrag der Schulkinder dampfte der Zug der nächsten Station zu.

Als angenehme Abwechslung wurden den Teilnehmern Erfrischungen aller Art gereicht. In Glinde, wo der Zug gegen 1:00 Uhr eintraf, begrüßte die Schuljugend denselben mit einem kräftigen Hurra. Ein Transparent mit der Inschrift:

*Endlich ist die Bahn vollendet,
Fest gefügt liegt Schien' an Schien',
Drum sei heißer Dank gespendet
Unserm Landrat von Bonin*

gab Zeugnis von der Stimmung der Einwohner. Der Landwirt Soltau gab in einem Hoch auf den Herrn Landrat dieser Stimmung nochmaligen Ausdruck. Die Tochter den Herrn Gutsbesitzers Rudorff überreichte einen Blumenstrauß. Auf der nun folgenden Station Willinghusen-Stemwarde begrüßte ein Transparent mit der Aufschrift: »Glückliche Fahrt und gute Zukunft« den Festzug. Nach kurzem Verweilen eilte der Zug dem Orte Stellau entgegen, dessen Stationsgebäude in Girlanden- und Flaggenschmuck prangte. Die Führerin der 12 Ehrenjungfrauen, welche sich auf dem Bahnhof aufgestellt hatten, überreichte dem Herrn Landrat mit einigen Begrüßungsworten einen Blumenstrauß. Hierfür dankte der Herr Landrat mit einem Hoch auf die Gemeinde und wünschte den Damen durch die neue Verbindung mit Hamburg einen häufigen Besuch der Theater. Festlich gekleidete Schulkinder überreichten gleichfalls dem Herrn Landrat einen Blumenstrauß und ein Gesangsverein brachte einige Lieder zu Gehör.

Unter den Klängen der Musik fuhr der Zug der Station Langelohe entgegen. Auch hier überreichte eine der Ehrenjungfrauen dem Herrn Landrat mit einigen Strophen einen Blumengruß. Herr Sievers hieß die Festgesellschaft willkommen und brachte auf alle, die an dem Gelingen des Ganzen beigetragen, ein Hoch aus, wofür der Herr Landrat mit einem solchen auf die Gemeinde dankte. In dem festlich geschmückten Papendorf, dem nächsten Ziel des Festzuges, dankte der Amtsvorsteher Herr Reimers dem Herrn Landrat für das schöne

Weihnachtsgeschenk, welches der Gemeinde mit der Eröffnung der Bahn dargebracht würde, und hoffe von derselben einen wirtschaftlichen Frühling für seine Gemeinde. Den Hauptverdienst an der Verwirklichung des Langerhofften Schienenweges brachte der Gemeindevorsteher durch ein Hoch auf den Herrn Landrat zum Ausdruck, wofür der letztere wieder ein Hoch auf die Gemeinde ausbrachte. In dem nun folgenden lieblichen Siek wurde der Zug wieder vor festlich geschmücktem Stationsgebäude von Ehrenjungfrauen empfangen, von denen einige mit passenden Worten dem Herrn Landrat ein Blumenbukett überreichten, wofür der Herr Landrat dankte. In Hoisdorf dasselbe Bild: Ehrenjungfrauen, Schuljugend, Blumenstrauß und Hoch von dem Gemeindevorsteher Herrn Hofe.

In Lütjensee feierte Herr Schröder in einem Hoch auf den Landrat die Eröffnung der Bahn. In dem von schönem Buchenwald umgebenen Grönwohld angelangt, spielte die Kapelle wiederum ihre lieblichen Weisen. Jetzt eilte der Zug seiner Endstation Trittau entgegen.



Lütjensee Hainholz Einweihungsfahrt

Zur festgesetzten Zeit, kurz nach 3:00 Uhr, lief der Zug in den festlich geschmückten Ort ein, wo Herr Dr. med. Herkt die Festteilnehmer im Namen der Gemeinde herzlich willkommen hieß. Der Redner gab der bestimmten Hoffnung Ausdruck, dass Trittau von der neuen Verkehrsverbindung in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung Vorteile haben werde und dankte in erster Linie dem Herrn Landrat für seine rastlose und aufopfernde Tätigkeit zur Vollendung dieses großen Werkes. Der Trinkspruch klang aus in ein Hoch auf den Herrn Landrat. Nach einstündigem Aufenthalt trat die ganze Festgesellschaft vom Staatsbahnhof in einem Sonderzug über Schwarzenbek die Fahrt nach Reinbek an und traf dort gegen 5:00 Uhr ein. Vom Bahnhof ging es nach Hotel ›Schloss Reinbek‹, wo die ganze Gesellschaft

zum Festessen eingeladen war. Dieses begann bald nach 5:00 Uhr in dem festlich geschmückten Saal.

Nach dem ersten Gange feierte der Herr Landrat in kraftvollen Worten die bewährte Treue der Stormarner gegen ihren Herrscher austönend in ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in das die Versammlung begeistert einstimmte und an das sich die Nationalhymne schloss, deren erster Vers von den Anwesenden stehend gesungen wurde.

In einer folgenden Rede führte der Herr Landrat aus, dass die Zustände der Verkehrswege im Kreis Stormarn viel zu Klagen Veranlassung gegeben hätten; doch seitdem die Schienenstränge die Gegend durchkreuzten, seien Fortschritte in jeglicher Beziehung zu verzeichnen. Das jetzt vollendete Werk ist dem Kreis Stormarn auch nur dadurch gelungen, dass die Provinz Schleswig-Holstein dem mächtigen Vaterlande angehöre und dass auch die Staatsbahn und der hohe Hamburger Senat sich dieser Sache in jeder Weise von Anfang an förderlich erwiesen hätten. Redner schloss mit einem Hoch auf die anwe-

senden Vertreter dieser Behörden. Er verlas alsdann ein von Sr. Exzellenz dem Herrn Oberpräsidenten von Bülow-Bossee eingelaufenes Telegramm, in dem er der Bahn glückliches Gedeihen wünscht. Bei der Tafel herrschte die animierteste Stimmung, die zum guten Teil auf Rechnung der verabreichten vorzüglichen Speisen und Getränke sowie auf die treffliche Tafelmusik zu setzen war. Freiherr von Maltzahn toastete hierauf auf die Erbauer der Bahn und gab dem Wunsche Ausdruck, dass sie von der Erbauung der Bahn keine ›Nackenschläge‹ einheimen möchten. Herr Graf von Schimmelmann-Ahrensburg widmete sein Glas der Energie des Herrn Landrat, mit der dieser alle Schwierigkeiten überwunden habe, die sich der Aus-

führung dieses Werkes in den Weg gestellt hätten. Geheimer Oberbaurat überbrachte die Glückwünsche des Präsidenten der Staatsbahn und schloss mit einem Hoch auf den Kreis. Der Geheimrat Poel weihte sein Glas dem früheren Landrat des Kreises Stormarn, Sr. Exzellenz dem Herrn Oberpräsidenten von Bülow-Bossee. Herr Dr. Gleim feierte in launiger Rede die Geschwisterschaft der Industrie- und Südst. Kreisbahn. Herr Landrat von Bonin verlas hierauf einen von der Gemeinde Stapelfeld gesandten telegrafischen Glückwunsch. Herr Oberbürgermeister Tettenborn widmete sein Glas dem durch die Kreisbahn erschlossenen Gebiete der freien Stadt Hamburg. Auf Vorschlag des Herrn Landrat wurde ein Telegramm an Se. Exzellenz den Herrn Oberprä-

sidenten abgesandt, das folgenden Wortlaut hatte: ›Ew. Exzellenz gedenkt in herzlicher Dankbarkeit der hier zur Feier vereinigte Kreis Stormarn.‹ Herr Landrat v. Bonin gedachte der erfolgreichen Mittlerdienste, die Herr Dr. Semler zwischen der Stadt Hamburg und dem Kreisausschuss geführt hatte und brachte ihm ein Hoch. Der Gefeierte dankte mit einem Hoch auf den Kreisausschuss. Gegen 10:00 Uhr trennte man sich. Sicherlich aber wird jeder Festteilnehmer nur mit Vergnügen an die vorzüglich gelungene Feier zurückdenken. Möge die neue eröffnete Bahn unserem Kreise recht viel Heil und Segen bringen.‹

Die ersten Lokomotiven der Kreisbahn führten stolze Namen ›Stormarn‹, ›Kreistag‹, ›Großfürst‹, ›Schauenburg‹, ›von Bonin‹ u.a.

Der Kreis Stormarn verfolgte mit der Bahn das Ziel, landwirtschaftliche Güter im Süden des Kreisgebietes besser befördern zu können. So übernahm die Bahn beispielsweise den täglichen Milchtransport der Landwirte von Siek zur Meierei in Steinbek. Aber auch Vieh und Bodenfrüchte sowie Futtermittel, Dünger, Baustoffe, Maschinen u. a. transportierten die Güterzüge.

Das Güteraufkommen insgesamt erreichte jedoch nicht den gewünschten Umfang. Die Bahn arbeitete in diesem Transportbereich nicht rentabel.

Der Personenverkehr entwickelte sich entgegen den Erwartungen der Initiatoren sehr lebhaft. Erstens lockte die nahe

Großstadt die Landbevölkerung zu Tagesfahrten, zweitens pendelten immer mehr Stormarner zum Arbeitsplatz Hamburg, drittens entwickelte sich der sonntägliche Ausflugsverkehr in nicht erwarteter Weise (die Walddörfer, Alstertal und Langenhorner Bahn nahmen erst später als die Südstormarnsche Kreisbahn ihren Betrieb auf).

In manchen Orten entstanden in der Nähe der Stationen prächtige Ausflugslokale. In Glinde z. B. der ›Glinger Hof‹ von August Schöning mit Saal, großem Garten, Kegelbahn und Pensionsbetrieb.

Bis zum Ersten Weltkrieg entwickelte sich die Bahn sehr positiv. Der ständig wachsende Personenverkehr ließ die Hoffnung auf eine gute weitere Entwicklung als sehr berechtigt erscheinen.



Die Lokomotive 6 „Kreistag“

Tipp für Theater- und Opernbegeisterte Grönwohlder Seniorinnen und Senioren

Seit vielen Jahren gibt es das Senioren-Abo des **Senioren Kulturkreis Stormarn**. Die Spielzeit hat zwar schon am 29.10. mit „Rheingold“ begonnen, aber Gäste und neu interessierte Abonnenten sind auch in der laufenden Saison noch herzlich willkommen. Gespielt wird in Lübeck entweder im **Großen Haus** oder in den **Kammerspielen**, gleich nebenan.

Die Veranstaltungen finden einmal im Monat an einem Donnerstag statt und der Veranstaltungsort Lübeck ist für die Abo-Teilnehmerinnen ganz bequem zu erreichen, denn der Besucherring hat Busse von Autokraft für diesen Tag gechartert. So ist die Bushaltestelle „Grönwohld Schule“ (Richtung Lütjensee) um 15:20h unser Zustiegsort und dort werden wir auch am späten Abend nach Veranstaltungsende wieder abgesetzt. Also bequemer geht es nicht.

Für interessierte Gäste: Es stehen bis zum Ende dieser Spielzeit noch folgende Stücke an:

26.03.09 - Evita (Musical)

30.04.09 - Rigoletto (Oper)

17.05.09 - Faust: Tragödie erster Teil (ausnahmsweise an einem Sonntag)

18.06.09 - Salome (Oper)

In den vier Preisgruppen von 27,50 Euro – 45,00 Euro ist der Fahrpreis und die Organisation der Veranstaltungen bereits enthalten.

Ist etwas für Sie dabei? Dann wenden Sie sich gern an den Vorsitzenden des Besucherrings der Ihnen alles weitere erklären wird. **Gerhard Drengemann, Christel-Schmidt-Allee 2, 22926 Ahrensburg, Tel: 04102/52723**

Viel Vergnügen wünscht Ihnen **Heidrun Arndt**

Für Europa: stark und sozial!

69 Prozent der Deutschen wissen nicht, dass in diesem Jahr das Europäische Parlament gewählt wird, und 24 Prozent sind sich bereits sicher, dass sie nicht an der Europawahl teilnehmen werden. Einer Europaabgeordneten können diese Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung nicht gefallen – erst recht nicht weniger als drei Monate vor dem Wahltermin am 7. Juni.

Interessant ist aber, dass gleichzeitig viele der Befragten mehr Mitspracherechte in der Europäischen Union fordern: Drei von vier Bürgern, so zeigte sich in der Umfrage, befürworten etwa europaweite Volksbegehren. Wie passt das zu der inzwischen schon traditionell niedrigen Beteiligung an Europawahlen? Vielleicht hält nicht nur europapolitisches Desinteresse viele Menschen vom Gang in die Wahllokale ab, sondern auch das Gefühl, durch Nichtwahl „denen in Brüssel“ einen Denkkzettel verpassen zu können. Gerade um die Stimmen dieser Bürger sollten die demokratischen Parteien in den kommenden Monaten kämpfen. Denn: Die Europawahl ist kein Referendum für oder gegen Europa. Am 7. Juni wird darüber entschieden welches Europa wir wollen!

Die Europäische Union ist mehr und mehr in eine soziale Schieflage geraten. Besorgniserregend ist etwa die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. Hatte der in früheren Jahren durch seine Auslegung des Binnenmarktrechts sozialpolitische Fortschritte für Arbeitnehmer und Verbraucher gebracht, werden heute vermehrt Urteile gefällt, die das Wettbewerbsrecht über nationales Arbeitsrecht und die Rechte der Gewerkschaften stellen. Dass dieses Europa bei vielen Bürgern nicht gut ankommt, ist nur verständlich. Trotzdem muss jedem Nichtwähler klar sein: Jede nicht abgegebene Stimme stärkt gerade diejenigen Kräfte in Europa, die das Wettbewerbsrecht über Arbeitnehmerrechte stellen.

Es besteht mehr denn je ein gewaltiger Nachbesserungsbedarf! Von europäischer Politik erwarten die Menschen heute vor allem Wohlstand und soziale Sicherheit. Und gerade diese Versprechen wurden nur zum Teil erfüllt. In ganz Europa gibt es einen Mangel an Arbeitsplätzen und an sozialer Sicherheit. Die Menschen haben Angst und sie verlieren das Vertrauen. Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vor Lohndumping, vor der Nivellierung sozialer Standards, vor steigenden Preisen und ganz aktuell vor der Finanzmarktkrise.

Die Arbeit an einem sozialen Europa muss deshalb das große Integrationsprojekt der kommenden Jahre sein. Konkret heißt das: Wir brauchen einen sozialen Stabilitätspakt für Europa, einen europäischen Pakt gegen Lohndumping, gestärkte Arbeitnehmerrechte und gute Ar-



Europaabgeordnete Ulrike Rodust

beit als Leitprinzip für die EU. Wir müssen erfolgreich gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise kämpfen. Dazu brauchen wir einen neuen politischen Ordnungsrahmen und eine wirksame Kontrolle der Finanzmärkte, wie sie die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament schon lange gegen den Widerstand marktliberaler Kräfte einfordern. Ein starkes und soziales Europa, das als Vorreiter und treibende Kraft für faire und gerechte Zustände sorgt und den Märkten klare Regeln gibt, ist die richtige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Aber: Das soziale Europa braucht andere Mehrheiten – auch im Europäischen Parlament. Und über diese Mehrheiten wird am 7. Juni 2009 entschieden.

Termin vormerken:

**Ulrike Rodust kommt am
28. Mai nach Lütjensee ins II Lago**